

Informationsblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten (Art. 13 und 14 DSGVO) zur Verarbeitungstätigkeit „Schutz der Beschäftigten“

1. Verantwortlicher

Landkreis Harburg
Landrat Rainer Rempe
Schloßplatz 6
21423 Winsen (Luhe)
Telefonservice: 04171 693-0
Telefax: 04171 693-99100
E-Mail: buergerservice@lkharburg.de

2. Beauftragte für den Datenschutz

Frau K.-K. Meyer-Sievers
Schloßplatz 6
21423 Winsen (Luhe)
E-Mail: datenschutz@lkharburg.de

3. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Daten werden zum Schutz der Beschäftigten der Kreisverwaltung vor Beleidigungen, Bedrohungen und tätlichen Übergriffen von Kunden sowie zur Aufrechterhaltung eines störungsfreien Dienstbetriebes erhoben.

Hierzu dienen folgende Maßnahmen:

- Erteilung und Durchsetzung von Hausverboten,
- Maßnahmen des Staatsschutzes,
- Erstellung von Strafanträgen / Strafanzeigen.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) i. V. m. § 3 Satz 1 Nr. 1 Niedersächsisches Datenschutzgesetz (NDSG).

4. Kategorien von personenbezogenen Daten

Zur Aufgabenwahrnehmung werden folgende Daten erhoben:

- Namen
- Geburtsdaten
- Kontaktdaten
- Vorfalort
- Datum und Dauer des Hausverbots
- Hergang des Vorfalls
- Gesundheitsdaten
- Nationalität

- Einkommensdaten
- Je nachdem welche Daten über den Betroffenen beim Landkreis gespeichert sind, werden diese Daten verarbeitet. Die Kategorien sind daher entsprechend des Einzelfalls individuell, es kann sich um Daten der besonderen Kategorien nach Art. 9 DSGVO handeln.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Personenbezogene Daten werden an die betroffenen Stellen innerhalb der Kreisverwaltung weitergegeben, soweit dies im Einzelfall erforderlich ist.

Im behördeninternen Intranet der Kreisverwaltung wird eine zentrale Hausverbotsübersicht veröffentlicht, die von allen Mitarbeitenden eingesehen werden kann.

Geführte Listen können von allen LeiterInnen der Organisationseinheiten sowie in Einzelfällen von Mitarbeitenden auf Anfrage eingesehen werden.

Weiterhin werden die Daten ggfs. an die Polizei, die Staatsanwaltschaft und Gerichte, sofern bei Verstößen gegen das Hausverbot Strafantrag wegen Hausfriedensbruch gestellt wird, sowie an Sicherheitsdienste und die ITK Harburg weitergegeben.

6. Übermittlung an Drittland

Eine Übermittlung an Drittländer findet nicht statt und ist auch nicht vorgesehen.

7. Dauer der Speicherung

Die Daten werden gelöscht, sobald sie für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind.

Hausverbotsbescheide werden spätestens 10 Jahre nach Ablauf des Hausverbots vernichtet. Einträge in der im Intranet bereitgestellten Hausverbotsübersicht werden unverzüglich gelöscht, sobald das Hausverbot durch Fristablauf endet (in der Regel 12 Monate nach Erteilung).

Die Daten in Bezug auf Strafanträge werden gelöscht, sobald sie für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind, spätestens nach 10 Jahren.

8. Betroffenenrechte

Als betroffene Person haben Sie nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu Ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit Sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf **Löschung** der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für

öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und diese deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO) dient.

9. Beschwerderecht

Als betroffene Person haben Sie außerdem das Recht auf Beschwerde bei der

Landesbeauftragten für den Datenschutz Niedersachsen

Prinzenstraße 5

30159 Hannover

Telefon: 0511 120-4500

E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de

wenn Sie der Ansicht sind, dass Ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.